

Betriebsrat München und Köln

Herrn
Hartmut Ostrowski
Vorstandsvorsitzender der
Bertelsmann AG
Carl-Bertelsmann-Straße 270

33311 Gütersloh

München und Köln, 5. Januar 2009

Sehr geehrter Herr Ostrowski,

wir, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gruner+Jahr Standorte in München und Köln bitten um Ihr Verständnis dafür, dass wir uns unmittelbar und ohne Rücksichten auf den hausinternen Berichtsweg an Sie wenden. Die gegenwärtige Situation der Wirtschaftsmedien von Gruner + Jahr und unsere Verantwortung als Redakteure erfordern den direkten Weg.

Wenige Wochen nach der Ankündigung der G+J-Konzernleitung, die Redaktionen der Wirtschaftsmagazine von G+J in einer insgesamt verkleinerten Hamburger Zentralredaktion mit der Redaktion der Financial Times Deutschland (FTD) zusammenzufassen, befindet sich die gesamte Wirtschaftsmedien-Gruppe von Gruner + Jahr in einer schwerwiegenden, existenzgefährdenden Krise. Das weitere Erscheinen der Magazine ist nicht gesichert. Die Reputation des Verlagshauses Gruner + Jahr ist ernstlich bedroht, der gute Ruf der Konzernleitung hat bereits gelitten, ebenso das Ansehen der Chefredakteure der Wirtschaftsmedien und der betroffenen Titel.

Wir wissen als Wirtschaftsjournalisten sehr wohl, dass in ökonomischen Krisenlagen unternehmerische Entscheidungen erforderlich sind, die auch die Mitarbeiter hart treffen können, wie bereits in den Jahren nach dem Platzen der Internetblase, als die Redaktionen große personelle Einschnitte hinnehmen mussten. Wir lernen in unserer alltäglichen Arbeit aber ebenfalls, wie in vielen Fällen solche Entscheidungen gelingen oder eben auch scheitern können. In unserem Fall müssen wir nun erleben, wie nahezu alle Entscheidungen des G+J-Managements handwerklich so fehlerhaft orchestriert werden, dass die Pläne scheitern werden. Die Bewältigung der gesetzten Aufgabe wird ohne erkennbare Erfahrung im Umgang mit Krisensituationen angegangen. Es gelingt dem Management nicht einmal, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Anstand zu kündigen.

Hintergrund dieses Management-Desasters ist der hektisch gefasste Plan, die Magazin-Redaktionen mit der Redaktion der FTD zusammenzufassen, um dabei Synergien zu nutzen. Diese Entscheidung fiel innerhalb von wenigen Tagen im November. Dabei wurden Einsparpotenziale falsch berechnet, Synergien zu optimistisch betrachtet und die Machbarkeit in der gesetzten Frist überhaupt nicht analysiert. So sind zum Beispiel bis heute die verschiedenen IT-Systeme der einzelnen Redaktionen nicht einmal hinreichend analysiert, geschweige denn neue Strukturen entwickelt und getestet. Die notwendigen personellen Ressourcen sind nicht gesichert. Die Produktionssicherheit wird durch Schnellschüsse gefährdet, wie in München, wo den Dienstleistern für die Druckvorstufe und für die Systemadministration die Verträge schon zum März, bzw. zum April gekündigt wurden.

Hinter der flotten Idee einer Zentralredaktion Wirtschaftsmedien steckt offenbar der Gedanke, dass die größere FTD-Redaktion zusammen mit extrem verkleinerten Magazin-Belegschaften alle Blätter kostengünstiger produzieren könnte. Wir erleben bisher allerdings nur die verzweifelten Versuche des Managements, mit den geplanten Budgetvorgaben einen funktionierenden Stellenplan zu erstellen. Dieses Modell ist nicht ausgereift und steckt noch in der Planungsphase.

Zugegeben, die Zahl von 250 Stellen macht sich gut in Unternehmensverlautbarungen, wenn man sich damit selbst zur größten Wirtschaftsredaktion Deutschlands ernannt, die gleichzeitig eine Tageszeitung, ein Wochenmagazin und zwei Monatsmagazine herausgeben soll. Es ist aber nichts weiter als ein Public-Relations-Bluff, der nicht zur Kultur des Verlagshauses passt. Tatsächlich zählen zu den 250 Stellen der FTD bereits heute 60 Aushilfskräfte und 25 Praktikanten. Zudem hat ein nicht unerheblicher Teil der FTD-Mitarbeiter nur einen befristeten Anstellungsvertrag. Die FTD verfügt lediglich über 70 schreibende Redakteurinnen und Redakteure. Ebenso blauäugig ist die Vorstellung, dass der von uns Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen sehr geschätzte FTD-Chefredakteur Steffen Klusmann zwei Jahre lang zusätzlich die Leitung von Capital bewältigen kann. Die Chefredaktion eines Monatsmagazins ist schließlich keine Nebenbeschäftigung.

Die wirtschaftliche Lage der FTD ist bekannt. *Capital* hat im letzten ordentlich geführten Jahr 2007 gut 3 Millionen Euro EBIT erwirtschaftet, *Impulse* mehr als 1 Million Euro, *Börse Online* rund 1 Million Euro. Die Umsatzrendite lag über 10 Prozent. Einnahme-Einbrüche allein im ersten Halbjahr 2008 von annähernd 13,5 Prozent (gg. 1. HJ 2007) wurden bei *Capital*, *Impulse* und *Börse Online* maßgeblich durch handwerkliche Fehler des Verlagsmanagements verursacht. Allein der miserabel organisierte Umzug der kleinen Verlagsmannschaft von Köln nach Hamburg führte zu einem schmerzhaften Verlust wichtiger Mitarbeiter und Leistungsträger, die die Verlagsgeschäftsführung nicht für den Wechsel gewinnen konnte. Die Folge war ein Einnahme-Verlust in der Anzeigenakquisition in Millionenhöhe.

Das gleiche Drama des Brain-drain droht nun den Redaktionen.

Sehr geehrter Herr Ostrowski, wir Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von *Capital*, *Impulse* und *Börse Online* haben bis heute keine Klarheit, wie es in den kommenden Wochen weitergehen soll. In diesen Tagen müssen die Redaktionen der Monatsmagazine mit der Planung und Produktion der März-Hefte beginnen. Wir wissen nicht, mit welcher Belegschaft dies geschehen soll. Alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen müssen sich auf dem Arbeitsmarkt um neue Posten bemühen, weil G+J ihnen bis heute keine verlässlichen, konkreten Angebote unterbreitet hat.

Bis heute wissen wir nicht, ob wir – im Falle einer Weiterbeschäftigung – in einer modernen Zentralredaktion mit News Desk und elektronisch abgestimmten Workflow-Prozessen arbeiten werden, in denen alle redaktionellen Abläufe zentral gesteuert werden. Oder ob die Redaktionen weiterhin in ihren bisherigen Einheiten operieren und gelegentlich die Schwester-Titel beliefern. Im ersten Fall ist naheliegend, dass diese Organisationsform einen höheren Overhead erfordert und daher nur bei sehr ähnlichen Produktionsprozessen zu nennenswerten Synergien führt, wie zum Beispiel bei einer Tageszeitung und einer Sonntagszeitung. Im zweiten Fall würde es sich lediglich um einen arbeitsrechtlichen Bluff handeln, mit dem simplen Ziel, die Redaktionsgrößen zu verkleinern, um Kosten zu sparen und die Sozialauswahl zu vermeiden.

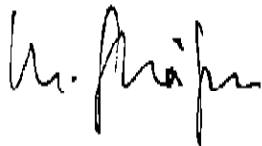
Die gesamte Belegschaft der Wirtschafts Magazine ist von einer Schockstarre erfasst. Es ist immer noch ungewiss, wann die Rekrutierungsverhandlungen für die neue Redaktion in eine konkrete, ernsthafte Phase treten. Es ist bis heute nicht bekannt, wer auf den operativ wichtigen Posten der stellvertretenden Chefredakteure Verantwortung übernimmt. Und das Verlagsmanagement kann auf Grund der persönlichen Lage, in der sich unsere Kolleginnen und Kollegen befinden, keineswegs damit rechnen, dass sich genügend Redakteurinnen und Redakteure für eine Mitwirkung in Hamburg und Frankfurt entscheiden. Dafür gibt es im Wesentlichen zwei Gründe: Die vom Verlagsmanagement offensichtlich beabsichtigten Gehaltskürzungen beim Übergang in die neue Zentralredaktion sind für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht hinnehmbar. Sie müssen mit erheblichen Kostenbelastungen durch Umzug, Pendler-Reisen oder Zweitwohnungen kalkulieren. Schwerer wiegt aber der Umstand, dass wir im Angesicht des wachsenden Dilettantismus in der Verlagsführung das Projekt als Himmelfahrtskommando betrachten. Es gibt derzeit weder einen Anreiz noch eine vernünftige Motivationsgrundlage, bei diesem Hochrisiko-Projekt mitzuwirken.

Sehr geehrter Herr Ostrowski, die unternehmerischen Entscheidungen sind nicht unsere Sache. Wir sehen es hingegen als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dem Verlagshaus G+J mitunter seit vielen Jahren, ja sogar Jahrzehnten, verbunden sind, als unsere Pflicht an, Sie über unsere Einschätzungen und Schlussfolgerungen zu unterrichten, um eine verlegerische Katastrophe abzuwenden. Wir erlauben uns daher auch, Ihnen einige Sofortmaßnahmen vorzuschlagen:

1. Die Entscheidungen über die geplante Fortführung der G+J-Wirtschaftsmedien in der neuen Konzerngesellschaft Financial Times Deutschland GmbH & Co KG sollten einem Moratorium unterzogen werden, bis die Führungskrise bei den G+J-Wirtschaftsmedien bewältigt ist;
2. Das G+J-Management sollte gegenüber den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zusagen, dass die Weiterbeschäftigung ohne Gehaltsreduktionen erfolgt, damit der gefährliche Brain-drain gestoppt wird;
3. Für die Redaktion *Capital* sollten als eindeutiges Signal an Redaktion, Leser und Anzeigenkunden ein eigen-ständiger Chefredakteur sowie namhafte stellvertretende Chefredakteure berufen werden, die in der Lage sind, das verloren gegangene Vertrauen wieder herzustellen.

Wir stehen Ihnen selbstverständlich für ein Gespräch zur Erörterung der Lage jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Markus Schäfers
für den Betriebsrat in München



Uwe Berghausen
für den Betriebsrat in Köln